

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Die berufliche Bildung im Saarland stärken und weiterentwickeln –für eine Qualitätsoffensive zur Ausbildung der Fachkräfte von morgen

Der Landtag wolle beschließen:

Die berufliche Bildung ist die Brücke zwischen dem allgemeinen Schulsystem und dem Beschäftigungssystem. Sie ist in Deutschland – insbesondere mit dem dualen Ausbildungssystem – ein Erfolgsmodell, das weltweit hohe Anerkennung genießt. Doch der demographische Wandel, aber auch die stark gestiegene Studierneigung der Schulabgängerinnen und -abgänger haben in den letzten Jahren zu einem erheblichen Rückgang an Jugendlichen geführt, die sich für eine berufliche Ausbildung entscheiden. Neben einer ohnehin wachsenden Zahl von Ausbildungsabbrüchen kommt noch erschwerend hinzu, dass immer mehr Jugendliche weder zur Schule gehen noch eine Ausbildung machen oder beschäftigt sind. Diese Jugendlichen haben oft keine aussichtsreiche Zukunftsperspektive und drohen dauerhaft aus dem System zu fallen. Hier muss schnell und systematisch gegengesteuert werden.

Schließlich verändern die rasanten technologischen Entwicklungen unserer Zeit auch die Anforderungen an die Berufsorientierung und die berufliche Bildung zunehmend. Infolge der Digitalisierung kommt es mehr und mehr zu einem reduzierten Bedarf an ungelernter Arbeit. Demgegenüber steigt die Nachfrage nach höher qualifizierten Beschäftigten. Doch von einer gesellschaftlichen Anerkennung der beruflichen Bildung als gleichberechtigter Bildungsweg zur akademischen Bildung sind wir noch weit entfernt. Es braucht dringend eine nationale Offensive in der Berufsorientierung und der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR), der die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung feststellen soll, muss überarbeitet werden. Es ist kritisch anzusehen, dass die immer niedrigere Differenz zwischen dem politisch willkürlich festgesetzten Mindestlohn und der Vergütung für Fachpersonal in vielen Bereichen die Anreize für eine Berufsausbildung senkt. Die berufliche Bildung zu stärken und

attraktiver zu machen, ist deshalb eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre.

Dabei sind alle Säulen der beruflichen Bildung – der Übergangssektor, die beruflichen Vollzeitschulen und das duale System – zu berücksichtigen. Gerade das duale Ausbildungssystem ist wie kein anderes durch seinen engen Anwendungsbezug geeignet, auch schulmüde junge Menschen anzusprechen und neu zu motivieren. Dazu gehört auch, die Idee vom Leistungsgedanken insgesamt wieder positiv zu besetzen und zu vermitteln, dass Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft in unserer Gesellschaft notwendig sind und sich auch lohnen. Allerdings hat die berufliche Bildung im Saarland unter der aktuellen Landesregierung nicht den Stellenwert, den sie verdient. Die wiederholte Nullrunde bei den Lehrerstellen an beruflichen Schulen ist nur ein Beleg hierfür. Unser Land braucht deshalb auch in diesem Bereich einen echten politischen Richtungswechsel.

Wir fordern die Landesregierung des Saarlandes auf, mit einem zukunftsfähigen System die berufliche Bildung im Saarland attraktiv zu gestalten, um so wieder alle Jugendlichen zu erreichen, die wachsenden Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt nachhaltig zu lösen und die berufliche Aus- und Weiterbildung auch künftig zum Aushängeschild Deutschlands zu machen.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf:

1. sich für die Beibehaltung und die nachhaltige Stärkung der beruflichen Schulen in ihrer gesamten Angebotsstruktur mit Abschlussmöglichkeiten vom Hauptschulabschluss bis zum beruflich qualifiziertem Meisterabschluss bzw. zum Bachelor Professional einzusetzen/auszusprechen. Die Personalisierung der beruflichen Bildung mit Lehrkräften von der Entwicklung in anderen Schulformen abzukoppeln, ist fahrlässig und eine nicht hinnehmbare Verschlechterung der Rahmenbedingungen in diesem Bereich. Bei der Stellenplanung müssen die beruflichen Schulen zukünftig mehr Beachtung finden und von mehr Lehrkraftstellen profitieren können; es braucht hier dringend ein Umdenken. Die berufliche Bildung braucht adäquate Rahmenbedingungen für eine gute Unterrichtsgestaltung. Dies beginnt mit einer guten Ausstattung an Lehrkräften.
2. mehr Kapazitäten für Schulsozialarbeit sowie den Einsatz von Sprachförderlehrkräften, Sprachmittlern und von mehr Förderschullehrkräften freizugeben. Auch sollten in einem größeren Umfang Lehrerinnen und Lehrer mit „DaF/DaZ-Qualifikation“ (Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache) eingesetzt werden, denn diese werden dringend zusätzlich zu den Sprachförderlehrkräften gebraucht. Dieser Einsatz verschiedener Professionen kann nachhaltig die Berufsschullehrkräfte im System unterstützen und entlasten.
3. an den Berufsbildungszentren eigene Sprachzentren zum Erwerb grundlegender Deutschkenntnisse zu implementieren. Sprache ist nicht nur der zentrale Schlüssel zur sozialen Integration, sondern insbesondere

auch zum Bildungserfolg. Jedoch treten vor allem in der Ausbildungsvorbereitung und in den Berufsfachschulen gehäuft Problemlagen mit Schülerinnen und Schülern auf, welche die deutsche Sprache gar nicht oder nur kaum beherrschen. Die Asylmigration verstärkt diese Entwicklung weiter. Um dem entgegenzuwirken, braucht es verbindliche Sprachförderung. Deren erfolgreiches Absolvieren muss zur Grundlage für den Eintritt in die Ausbildungsvorbereitung und die Berufsfachschule werden, denn nur so können unnötige Schleifen in der Bildungsbiographie junger Menschen vermieden werden, was ja ursprünglich klares Ziel der Reform des beruflichen Übergangs gewesen ist. Dazu gehört auch die Vermittlung einer staatsbürgerlichen Grundkompetenz und der wesentlichen Grundlagen unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung. Das Laissez-faire sozialdemokratischer Bildungspolitik im Saarland – das davon ausgeht, die teils enormen Sprachdefizite lösen sich quasi von selbst im laufenden Unterrichtsbetrieb – führt letztendlich nur zu einer Verschwendung benötigter Lehrkraft-Ressourcen und muss endlich gestoppt werden.

4. eine kostenfreie Meisterausbildung im Saarland anzustreben.
5. dass grundsätzlich mit jedem erfolgreichen Abschluss der entsprechenden Aufstiegsfortbildung (zum Beispiel Abschlüsse als Fachwirt, Meister, Betriebswirt oder auch Techniker) auch eine Ausbildungseignung zugesprochen wird. So kann zeitgleich die Quote derjenigen erhöht werden, welche ausbilden können.
6. Kleinst- und Kleinbetriebe stärker in den Belangen der Ausbildung zu unterstützen, um dazu beizutragen, die derzeit rückläufige Ausbildungsbetriebsquote zu stoppen. Mit passgenauen Unterstützungsmaßnahmen von der Berufsorientierung über die Ausbildungsvertragsanbahnung bis in die Ausbildungsbegleitung muss gerade kleineren Betrieben dabei geholfen werden, strukturelle Nachteile gegenüber Hochschulen oder Großbetrieben auszugleichen.
7. ein Institut für berufliche Bildung nach dem Vorbild anderer Bundesländer einzurichten, um so die Aus- und Weiterbildung strukturell zu verbessern und die beteiligten Akteure – wie die unterschiedlichen schulischen Partner, die Kammern, die beruflichen Ausbildungspartner, die Studienseminare der Lehramtsausbildung und die zuständigen politischen Stakeholder – besser zu vernetzen. Dieses Institut soll insbesondere daran arbeiten, bestehende Doppelstrukturen abzubauen und die Effizienz der Angebote zu optimieren. Denn trotz zahlreich existierender Maßnahmen der Berufsorientierung mangelt es häufig an einer Bündelung und an der erforderlichen Abstimmung und Verzahnung, um einen strukturierten, individuellen Orientierungsprozess zu ermöglichen.
8. die Bildungswege- und Berufsberatung im Saarland auszubauen und zu stärken. Dies könnte eine zentrale Aufgabe des zuvor genannten Insti-

tuts für berufliche Bildung sein. Ziel muss ein System sein, in dem sämtliche Maßnahmen der Bildungswege- und Berufsorientierung aufeinander aufbauend einen strukturierten, individuellen Findungsprozess ermöglichen. Eine frühzeitige Berufsorientierung sorgt für eine bessere Vorstellung der Berufs- und Arbeitswelt und trägt dazu bei, persönliche Einschnitte in der Bildungsbiografie durch vermeidbare Abbrüche zu reduzieren. Hierfür sind digitale Angebote der Berufsorientierung deutlich stärker zu fördern z.B. pädagogisch sinnvolle, KI-basierte Berufsorientierungssysteme, die wirksame „Matching“-Prozesse ermöglichen, oder datengestützte Praktikumsempfehlungen. Insbesondere in den Gymnasien kommt einer beruflichen Beratung in der Sekundarstufe II, die sowohl akademische als auch berufliche Qualifizierungspfade gleichwertig betont, eine besondere Bedeutung zu.

9. bürokratische Hürden in Ausbildungs-, Modernisierungs-, Anerkennungs- und Feststellungsverfahren der beruflichen Bildung zu identifizieren und dafür in regelmäßigem Abstand Entbürokratisierungsvorschläge im Bereich der beruflichen Bildung bei den Wirtschafts- und Sozialpartnern abzufragen, zu prüfen und pragmatisch umzusetzen.
10. sich für den zeitnahen Abschluss des Digitalpaktes Schule 2.0 stärker einzusetzen. Von essentieller Bedeutung ist hierbei, dass die Belange des Saarlandes in diesem ausreichende Berücksichtigung finden und folgernd offene Bedarfe durch ihn gedeckt werden können. Nach wie vor stehen in den Berufsschulen keine digitalen Endgeräte zur Verfügung. Angesichts der gesamtstaatlichen Verantwortung für die Bildung ist die bisherige Weigerung der roten Ampel in Berlin, ausreichende Mittel hierfür bereitzustellen, nicht hinnehmbar. Es braucht unverzüglich eine Einigung für einen Digitalpakt II, welcher neben der digitalen Ausstattung auch die Förderung digitaler Lernprogramme und Unterrichtskonzepte an beruflichen Schulen vorsieht.
11. ein verlässliches Gesamtkonzept zur Mediennutzung in der beruflichen Bildung zu entwickeln. Auch hier gilt: Digitale Endgeräte allein machen noch keinen guten digitalen Unterricht.
12. die Lehramtsaus- und -weiterbildung im Bereich der beruflichen Bildung zu stärken, auch durch eine noch stärkere Kooperation der Universität des Saarlandes mit der htw saar. Gerade im Bereich der Digitalisierung ist die Qualifizierung der Lehrkräfte ausschlaggebend. Darüber hinaus sollte die Berufs- und Studienorientierung Teil der allgemeinen Lehrkräfteausbildung und -fortbildung werden, um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu unterstreichen. Als Teil der Fortbildung sollen auch Betriebspraktika für Lehrkräfte gefördert werden, um diesen die Wirtschaftswelt außerhalb der Schulen näherzubringen.

13. Schülerinnen und Schülern handwerkliche Tätigkeiten näher zu bringen und die attraktiven Berufsfelder des modernen Handwerks begleitend zum Unterricht praxisnah vorzustellen, beispielsweise durch einen saarländischen „Tag des Handwerks“. Die Vorzüge der dualen Ausbildung und die daran anschließenden vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten können insbesondere durch Berufsorientierungstage in den Bildungszentren des Handwerks, Betriebsbesichtigungen oder praxisnahe Vorstellung der Ausbildungsberufe durch Auszubildende erfolgreich dargestellt werden.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.